A 2 TOP 7.2 Mentale Gesundheit junger Menschen in den Fokus rücken!

Antragsteller*in: Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.
Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

Antragsteller:

- Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.

Adressat*innen:

- Landesregierung
- Landespolitik

Position

Einsamkeit, Leistungsdruck, Armut, fehlende Unterstützung sowie Aufwachsen in Krisen, wie z. B. Kriege, Klimaschäden und Zukunftsängste – all das sind Faktoren, die die psychische Gesundheit junger Menschen aktiv gefährden. Dem gegenüber steht eine unzureichende Versorgung mit Hilfsangeboten – insbesondere in Rheinland-Pfalz. Der Kindergesundheitsbericht 2025 der Stiftung Kindergesundheit warnt vor immer weiter steigenden psychischen Belastungen und zeigt auf, dass die Versorgungslage an Kinder- und Jugendpsychologen in Rheinland-Pfalz besonders prekär ist.[1] Rheinland-Pfalz belegt bundesweit den letzten Platz!

Es braucht dringend nachhaltige Verbesserungen in den Hilfsangeboten für junge Menschen!

Daher fordern wir:

- Eine flächendeckende Versorgung durch Kinder- und Jugendpsychologen, insbesondere auch im ländlichen Raum.
- Einen Ausbau digitaler Hilfsangebote.
- Hilfsangebote, die ohne lange Wartezeit in Anspruch genommen werden

können.

- Präventionsangebote, die auf die Entwicklungsphasen der Kinder und Jugendlichen abgestimmt sind (siehe Kindergesundheitsbericht 2025).
- Finanzielle Absicherung zur Sicherstellung von Hilfsangeboten.
- Entstigmatisierung des Themas "Mentale Gesundheit" durch flächendeckende Aufklärung.
- Das Mitdenken und Versorgen junger Menschen durch die Politik in allen Bereichen, insbesondere wenn junge Menschen direkt betroffen sind.

Begründung

Begründung:

Kinder und Jugendliche sind heutzutage vielfältigen Stressoren ausgesetzt, die Druck auf ihre mentale Gesundheit ausüben. Neben stetig steigendem Leistungsdruck, den Bewertungen aus sozialen Medien, Nachrichten zu Konflikten und Kriegen, Klimawandel, einem angespannten Arbeits- und Wohnungsmarkt, aufsteigendem Rechtspopulismus und einer immer tiefergreifenden Spaltung der Gesellschaft sind auch noch die Nachwirkungen der Corona-Pandemie spürbar. Noch immer steht es um die psychische Gesundheit junger Menschen schlechter als vor der Corona-Pandemie.[2] Junge Menschen haben einen großen Teil ihrer Kindheit und Jugend in Isolation verbracht, von der sie sich teilweise bis heute noch nicht erholen konnten. Das Wohlbefinden wird zwar nicht mehr direkt durch die Corona-Pandemie beeinträchtigt, aber an ihre Stelle treten diverse Ängste, ausgelöst durch Kriege und die Klimakrise.[2]

In Rheinland-Pfalz ist die psychische Versorgungslage bundesweit besonders schlecht für junge Menschen. Der Kindergesundheitsbericht 2025 warnt vor kontinuierlich steigenden psychischen Belastungen und sieht bundesweit einen „erhebliche[n] Bedarf an Weiterentwicklung“. Fatal ist, dass Rheinland-Pfalz die niedrigste Dichte für Fachärzt*innen aufweist und hier damit die Lage besonders angespannt ist.[1] Insbesondere in ländlichen Gebieten fehlt es an zeitnah verfügbaren und örtlich erreichbaren Angeboten.

Dabei sind besonders die Kinder und Jugendlichen betroffen, die sozioökonomisch benachteiligt sind.[2] Auch Einsamkeit spielt in diesem Kontext eine große Rolle und betrifft vermehrt Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte, Behinderung, Armutsgefährdung oder nicht cis-geschlechtlicher heterosexueller Identität.[3] Nicht zu vernachlässigen sind auch die psychischen Belastungen, denen Kinder- und Jugendliche mit eigener oder familiärer Fluchterfahrung ausgesetzt sind. Im Hinblick auf psychologische Hilfsangebote müssen diese Faktoren berücksichtigt werden, um sie zugänglich und wirksam ausgestalten zu

können.

Es müssen Hürden abgebaut werden, um psychische Hilfsangebote niedrigschwellig in Anspruch nehmen zu können. Auch das Elternhaus und die Lebensumstände dürfen kein Hinderungsgrund für Kinder und Jugendliche sein, adäquate psychologische Hilfe zu bekommen. Das bedeutet, dass folgende Punkte umgesetzt werden müssen:

- Hilfsangebote müssen zeitnah in Anspruch genommen werden können, und es dürfen keine langen Wartezeiten entstehen. Hierfür müssen ausreichend Fachpersonal und vielfältige Angebote bereitstehen.

- Die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeut*innen (insbesondere im ländlichen Raum) muss ausgebaut werden, um Wartezeiten zu verringern und eine bedarfsgerechte Versorgung zu gewährleisten.

- Hilfsangebote müssen erreichbar sein. Dafür braucht es mehr Fachpersonal, vor allem im ländlichen Raum. Zudem muss der Anfahrtsweg gewährleistet werden (z. B. Kostenübernahme).

- Digitale Hilfsangebote müssen ergänzend ausgebaut werden.

- Es braucht Präventionsangebote, die auf die Entwicklungsphasen der Kinder und Jugendlichen abgestimmt sind (siehe Kindergesundheitsbericht 2025).

- Hilfsangebote dürfen für die Familien keine finanzielle Belastung sein.

- Über Hilfsangebote muss ausreichend informiert werden.

Neben der reinen Information über psychologische Hilfsangebote für die betroffenen Kinder und Jugendliche braucht es eine gesellschaftliche Entstigmatisierung von ihrer Inanspruchnahme. Die Sensibilisierung der Gesellschaft für psychische Krankheiten bewirkt, dass sich Betroffene weniger zurückziehen, eher auf Hilfsangebote aufmerksam gemacht werden und sich eher Unterstützung holen. Dabei hilft dies nicht nur den betroffenen Kindern und Jugendlichen selbst. Unbehandelte psychische Erkrankungen führen zu sozialem Rückzug, gesellschaftlichen Folgekosten und verstärkter gesellschaftlicher Isolation. Eine frühzeitige Unterstützung bedeutet, dass Menschen wieder am sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können – was eine Grundlage für Zusammenhalt und gemeinschaftlichen Wohlstand ist. Dazu zählt auch, dass es Präventi-onsangebote braucht, die auf die Entwicklungsphasen von Kindern und Jugendlichen abgestimmt sind (siehe Kindergesundheitsbericht 2025).

Um die Lage nicht weiter zu verschärfen, ist es außerdem wichtig, dass die Politik nicht nur kurativ auf die psychologischen Bedürfnisse junger Menschen eingeht, sondern in politischen Fragen, die die jungen Menschen betreffen, diese auch an Entscheidungen teilhaben lassen. Es macht einen Unterschied in der

Krisenbewältigung, ob junge Menschen an der Lösungsfindung beteiligt werden oder ob sie als passive Akteur*innen nur von den politischen Entscheidungen betroffen sind. Besonders im Hinblick auf Bundesthemen wie Wehrpflicht und Rente zeigt sich, dass Lösungen auf dem Rücken junger Menschen ausgetragen werden, die dennoch oft nicht an der Lösungsfindung beteiligt werden.

---

[1] Stiftung Kindergesundheit. (2025). Kindergesundheitsbericht 2025: Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen [Bericht]. Stiftung Kindergesundheit. https://www.kindergesundheit.de/Die-Stiftung/Kindergesundheitsberichte/Kindergesundheitsbericht_2025.php

[2] COPSY. (2024, 4. Dezember). Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch globale Krisen belastet [Pressemitteilung]. Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE). https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_160448.html

[3] Berngruber, A., Hasenbein, L., & Steiner, C. (2023). Einsamkeit im Jugend- und jungen Erwachsenenalter [AID:A Factsheet]. Deutsches Jugendinstitut. https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/aida/2023/Factsheet_Einsamkeit_AIDA_final.pdf